

**An den
Europaausschuss des
Schleswig-Holsteinischen Landtages**

per E-Mail

19.02.2010



Stellungnahme zur Antwort der Landesregierung auf die Große Anfrage der Fraktion der SPD zum Thema „Soziales Europa“

Der Landesjugendring nimmt hiermit Stellung zur Antwort der Landesregierung auf die Große Anfrage der SPD. In dieser Stellungnahme beschränken wir uns vor allem auf uns besonders wesentlich erscheinende Themen für Kinder und Jugendliche.

Europäisches Jahr zur Bekämpfung von Armut und sozialer Ausgrenzung 2010

Das Konzept gegen Kinderarmut hat sich in den vergangenen zwei Jahren kontinuierlich weiterentwickelt. Der Landesjugendring begrüßt das Konzept und wird sich weiter aktiv in dem, gemeinsam mit der Landesregierung durchgeführten, Programm "Kein Kind ohne Ferienerholung" engagieren. 2009 konnte so z.B. die Durchführung des multikulturellen Zeltlagers des Kreisjugendring Schleswig-Flensburg und die Einbeziehung von Kindern mit Behinderung im Rahmen einer Freizeit des Jugendwerks der AWO ermöglicht werden. Die Erfahrung hat gezeigt, dass Ferienerholung als ein wichtiges Element gegen soziale Ausgrenzung wirkt. Von den Aktionen des Landesjugendrings konnten 2008 und 2009 jeweils über 300 Kinder und Jugendliche profitieren.

Auch wenn nach dem aktuellen Urteil des Bundesverfassungsgerichts die Hartz-IV-Sätze neu festgelegt werden müssen und Familien dadurch in Zukunft entlastet werden, müssen die Aktionen der Landesregierung gegen Kinderarmut fortgeführt werden, da nicht automatisch davon auszugehen ist, dass Kinder nicht länger einem Armutsrisiko ausgesetzt sind. Hinsichtlich der geschlechtsspezifischen Dimension von Armut werden keine Aussagen gemacht. Da neben Kindern und Jugendlichen insbesondere allein erziehende Frauen und allein stehende ältere Frauen von Armut betroffen sind, muss der Faktor Geschlecht in zu entwickelnden Konzepten gegen Armut stärker berücksichtigt werden.

Arbeitslosigkeit

Von den Folgen der finanziellen Krise sind besonders Jugendliche betroffen. Kritisch ist für viele insbesondere der Übergang von schulischer Bildung in einen qualifizierten Berufseinstieg. Bei der Umsetzung des Handlungsfeldes „Schule und Arbeitswelt“ wird es darauf ankommen, dass sich die Bereiche Schule und Arbeitswelt stärker öffnen, damit mögliche Übergangsprobleme beim Eintritt in die Arbeitswelt gelöst werden können. Die Landespolitik sollte auch mehr Anstrengungen unternehmen, die Wirtschaft davon zu überzeugen, mit entsprechender Förderung den Zugang und die erfolgreiche Integration benachteiligter Jugendliche in den Arbeitsmarkt zu erleichtern. Wichtig ist die Erkenntnis der Landesregierung, dass auch „weiche Faktoren“ wie z.B. interkulturelle Kompetenz und grenzüberschreitende Mobilität im Bewerbungsprozess immer wichtiger werden. Transnationale Projekte und Aktionen zur Berufsorientierung wie z.B. Freiwilligendienste und internationale Begegnungen sollten entsprechend in den Förderprinzipien berücksichtigt werden. Bedauerlich ist nach wie vor, dass im Durchschnitt nur rund 1 % der Jugendlichen in der Berufsausbildung im Rahmen ihrer Ausbildung an internationalen Auslandsmaßnahmen teilnehmen.

Der Landesjugendring begrüßt das erklärte Ziel der Erhöhung der Frauenerwerbsquote, das jedoch nicht allein aus einer demographischen Notwendigkeit heraus „geboren“ sein darf, sondern als Grundrecht einzustufen ist. In diesem Zusammenhang stellt auch das derzeit herrschende Lohngefälle von 22% zwischen Männern und Frauen eine andauernde Herausforderung dar, der sich die Landesregierung stellen muss. Die Arbeit der Beratungsstellen „Frau & Beruf“ muss weiterhin finanziell gefördert werden.

Strategie des Lebenslangen Lernens

Die Landesregierung formuliert Bildung als: „die wichtigste Form der Zukunftsvorsorge“. In der Einleitung zur Strategie des Lebenslangen Lernens werden dabei explizit auch das non formale und informelle Lernen einbezogen. Die folgenden Abschnitte behandeln dennoch ausschließlich Bildung im formalen Sinn. Hier fehlt die Überleitung der Zielsetzung in gleichberechtigte Förderung auch der Strukturen der non formalen Bildung. Dies gilt sowohl für regionale, als auch für grenzübergreifende Programme. Wünschenswert wäre z.B. eine Aufstellung zu Programmen der außerschulischen Bildung analog zur Übersicht der Programme im Schulbereich.

Gender Mainstream

Der Landesjugendring begrüßt, dass die Landesregierung Gender Mainstreaming als Querschnittsaufgabe definiert hat. Hinsichtlich der Berücksichtigung der unterschiedlichen Lebensbedingungen von Frauen und

Männern liefert die Antwort der Landesregierung jedoch keine zufrieden stellenden Aussagen.

Die Aussage „Alle im Rahmen des Zukunftsprogramms Wirtschaft [...] geförderten Vorhaben stehen entsprechend den Förderrichtlinien allen Frauen und Männern [...] offen“ (§. 88) zeigt, dass die Forderungen nach „Chancengleichheit“ und „gleichberechtigtem Zugang“ nicht verstanden wurden. Die alleinige Tatsache, dass jede und jeder das Recht hat einen Antrag zu stellen (oder an einer Weiterbildungsmaßnahme teilzunehmen), gewährleistet angesichts unterschiedlicher Zugangsvoraussetzungen keine Chancengleichheit und berücksichtigt in keiner Weise die vielfältigen Lebensbedingungen von Frauen und Männern – mit und ohne Migrationshintergrund, mit und ohne Behinderung, unterschiedlichen Alters und sexueller Orientierungen oder religiöser Zugehörigkeit.

Es bleibt der Eindruck, dass das Prinzip des Gender Mainstreaming weder in den Richtlinien von Förderprogrammen noch in der Umsetzung unterschiedlicher Projekte berücksichtigt wurde und wird. Hier besteht ein enormer Handlungs- und Nachholbedarf.

Verwundert waren wir, dass die Stellungnahme nicht durchgängig in geschlechtergerechter Sprache verfasst wurde.

Fazit

Die Antwort der Landesregierung auf die Große Anfrage der SPD hat gezeigt, dass aus der Sicht des Landesjugendrings immer noch starke Defizite in der Förderung von Kindern und Jugendlichen aus finanziell benachteiligten Familien bestehen.

Für die Jugendverbände bedeutet das, die Aktivitäten in den Bereichen Aus- und Fortbildung weiter zu verstärken und durch gezielte Angebote vermehrt auch benachteiligte Kinder und Jugendliche einzubinden. Ein positives Beispiel hierfür ist die Aktion „Kein Kind ohne Ferienerholung“. Um das Potenzial der Jugendverbände aber nachhaltig nutzen zu können, bedarf es verbesserter Rahmenbedingungen und gezielter Förderung der Jugendarbeit auch und gerade in wirtschaftlich schwierigen Zeiten.